



Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

Regierungspräsidium Tübingen · Postfach 26 66 · 72016 Tübingen

Firma
Liebherr-Werk Ehingen GmbH
Dr.-Hans-Liebherr-Straße 1
89584 Ehingen/Donau

Tübingen 29.05.2017

Name Herr Schwägerle

Durchwahl 07071 757-3405

Aktenzeichen 46-12/3861.6-32

(Bitte bei Antwort angeben)

Kassenzeichen (Bitte bei Zahlung angeben):

1705150092826

IBAN: DE02 8005 0101 7495 5301 02

BIC: SOLADEST3300

Betrag:

8000,00 EUR

AUSNAHMEGENEHMIGUNG:

Der o.g. Firma werden auf Grund des § 70 Abs.1 Nr.1 und 2 StVZO für 40 von ihr hergestellte Autokrane (selbstfahrende Arbeitsmaschine nach § 2 Nr.17 FZV)

Typ: A40B

F.I.-Nr.: WLFA40B ... E ... 0201 bis WLFA40B ... E ... 0240

F.I.-Nr.:

Die jeweilige F.I.-Nr. ist vom amtlich anerkannten Sachverständigen für den Kfz-Verkehr (a.a.S.) unter Beifügung seines Dienstsiegels einzutragen; bei Exportfahrzeugen für die Durchführung einer einmaligen Überführungsfahrt zu einem Grenzübergang oder Hafen vom Prüfer der Firma Liebherr, der die Verkehrssicherheitsprüfung vornimmt.

je eine Ausnahme von folgenden Vorschriften der StVZO genehmigt:

a) § 32 Abs.1 Nr.1 StVZO
Breite über alles bei Ausrüstung mit Bereifung 525/80 R 25 max. 2.690 mm

b) § 32 Abs.3 Nr.1 StVZO
Länge über alles max. 13.100 mm

c) § 32d Abs. 1 u. 2 StVZO
Außenradius (m) Kreisfahrt (Grad) Ringflächenbreite (m) Ausschermaß (m)
14,00 m 360 ° max. 5,70 m max. 0,25 m

d) § 34 Abs.4 Nr.2c StVZO
Zulässige Achslast der Doppelachsen max. 24.000 kg
(unter Erteilung einer Ausnahme vom § 34 Abs.4 Nr.1 pro Einzelachse 12.000 kg)

e) § 34 Abs.5 Nr.2a StVZO
Zulässiges Gesamtgewicht max. 48.000 kg

Dienstgebäude Konrad-Adenauer-Str. 20 · 72072 Tübingen · Telefon 07071 757-0 · Telefax 07071 757-3190

poststelle@rpt.bwl.de · www.rp-tuebingen.de · www.service-bw.de

Buslinie 2 · Haltestelle „Regierungspräsidium“

rpt

f) § 35b StVZO

Bei wahlweiser Anbringung der Hakenflasche vor der Stoßstange ist die Sicht des Fahrzeugführers durch die Seile der Hakenflasche (max. 4) geringfügig beeinträchtigt.

g) § 44 Abs.3 StVZO

Die vom ziehenden Fahrzeug aufzunehmende Mindeststützlast braucht nicht mehr als 150 kg betragen.

h) § 49a Abs. 5 StVZO

Das Fahrzeug ist mit einem nach vorn wirkenden Arbeitsschlepperwerkzeug ausgerüstet, das getrennt von den Schlussleuchten und der Kennzeichenbeleuchtung schaltbar ist. Das Einschalten ist jedoch nur im Kranbetrieb möglich, der auf öffentlichen Straßen nicht zulässig ist.

i) § 49a Abs.7 StVZO

Es dürfen folgende rot-weiß schraffierte Warnanstriche bzw. -beklebung angebracht sein:

Jeweils seitlich am Auslegerkopf und an den vorderen und hinteren Schlebehörden seitlich in retroreflektierender Ausführung.

j) § 51 Abs.4 StVZO

Das Fahrzeug ist wahlweise mit Spurhalteleuchten ausgerüstet.

k) § 51b StVZO

Das Fahrzeug kann wahlweise mit zwei zusätzlichen hochgesetzten hinteren Umrissleuchten ausgerüstet werden. Die vorgeschriebenen roten Umrissleuchten befinden sich in den Mehrkammerleuchten zusammen mit den übrigen nach hinten wirkenden lichttechnischen Einrichtungen.

l) § 52 Abs.4 StVZO

Das Fahrzeug ist mit max. vier Kennleuchten für gelbes Rundumlicht ausgerüstet.

Die Ausnahmegenehmigung gilt für den Bereich der Bundesrepublik Deutschland. Die Ausnahmegenehmigung gilt für den Hersteller und für den jeweiligen Fahrzeughalter, sofern die für den Halter zuständige Genehmigungsbehörde dem nicht widerspricht. Im Bundesland Bayern ist die Genehmigung nur mit Zustimmung der für den jeweiligen Fahrzeughalter zuständigen Genehmigungsbehörde übertragbar. Die Ausnahmegenehmigung ist unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs sowie der nachträglichen Aufnahme, Änderung oder Ergänzung von Bedingungen oder Auflagen befristet bis zum 31.05.2029 unter den nachstehend genannten Nebenbestimmungen erteilt. Sie erlischt an diesem Tage oder mit ihrem Widerruf.

Die Gültigkeit der Ausnahmegenehmigung ist an folgende Bedingungen gebunden:

1. Die Ausnahmegenehmigung ist nur gültig, wenn eine gültige Erlaubnis nach § 29 Abs.3 StVO erteilt wurde und mitgeführt wird.
2. Diese Ausnahmegenehmigung ist nur gültig, wenn Versicherungsschutz nach dem Pflichtversicherungsgesetz für das mit Ausnahmegenehmigung am Verkehr teilnehmende Fahrzeug vorliegt. Diese ist mitzuführen.

Diese Ausnahmegenehmigung wird ungültig, sobald die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung nicht mehr besteht oder wenn bei Wechsel des Versicherers vom Genehmigungsinhaber gegenüber der für ihn zuständigen Genehmigungsbehörde keine Bescheinigung nach Satz 1 beigebracht wird.

Die Ausnahmegenehmigung ist mit folgenden Auflagen verbunden:

1. Die Bedienungsanleitung für den Autokran ist zu beachten.
Vor einer Fahrt auf öffentlichen Straßen müssen:
 - a) der Teleskopausleger bis zur Endlage eingefahren sein,
 - b) der Oberwagen in Fahrtrichtung gestellt und formschlüssig mechanisch gegen Verdrehen gesichert, der Ausleger auf dem vorgesehenen Auflagebock abgelegt und mechanisch oder hydraulisch vor unbeabsichtigtem Ausfahren oder Abheben gesichert sowie die Schiebehölme der vorderen und hinteren Abstützungen eingefahren und mechanisch gesichert sein,
 - c) die Teller der Stützfüße in die vorgesehene Position innerhalb der Fahrzeugkontur eingeschoben und dort mechanisch verriegelt und gesichert werden,
 - d) die ggf. im Arbeitseinsatz benötigte Zusatzausrüstung wie z.B. Klappspitze, Hakenflasche, Zusatzballast, Seilwinde, o.ä. entsprechend dem jedem Fahrzeug zugeordneten Beiblatt (Anlage zur Zulassungsbescheinigung Teil I) an den vorgesehenen Stellen gem. § 30c Abs. 1 StVZO sicher befestigt bzw. abgebaut und getrennt transportiert werden,
 - e) die Oberwagenkabine unbesetzt sein,
 - f) die Arbeitsscheinwerfer ausgeschaltet sein und
 - g) ggf. der Antrieb der Achse 1 abgeschaltet sein.
2. Öffentliche Straßen dürfen außerhalb von Baustellen nur ohne Last befahren werden.
3. Der Auslegerkopf ist an beiden Seiten durch rot-weiße retroreflektierende Schrägschraffierung und gelben Seitenmarkierungsleuchten zu kennzeichnen (§ 30 c und § 49a Abs. 7 StVZO).
4. Eine Hakenflasche darf nur dann vom mitgeführt werden, wenn sie der für dieses Fahrzeug festgelegten Standardgröße und Ausführung entspricht (vgl. Betriebsanleitung), maximal 4-fach eingesichert ist und mit der hierfür vorgesehenen Öse an der vorderen Abschleppkupplung eingehängt und festgezogen wurde.
5. Die Überbreite bzw. Überlänge ist entsprechend der "Richtlinie für die Kenntlichmachung überbreiter und überlanger Straßenfahrzeuge sowie bestimmter hinausragender Ladungen" in der jeweils gültigen Fassung zu kennzeichnen. Für die Kenntlichmachung der Überbreite kann sowohl die Parkwarntafel der Form A (423 mm x 423 mm) als auch der Form B (§ 51c StVZO, 282 mm x 282 mm) verwendet werden.
6. Es müssen mindestens 4 Unterlegkeile mitgeführt werden.
7. Bei wahlweiser Ausrüstung des Fahrzeugs mit einer Anhängerkupplung darf hinter dem Autokran nur ein Anhänger zur Beförderung von eigenem Zubehör des ziehenden Autokrans mitgeführt werden. Sofern es sich um einen Starrdeichselanhänger (Zentralachsanhänger) handelt, darf die statisch abzustützende Last der Zugöse 150 kg nicht unterschreiten und die Schwerpunkthöhe der Ladung darf max. 700 mm über



der Anhängerkupplung (Mitte Kupplungsmaul) des Autokrans liegen. Soll der Autokran mit einem Anhänger in den Verkehr kommen, ist für den Autokranzug bei der für den Halter zuständigen Genehmigungsbehörde eine zusätzliche Ausnahmegenehmigung gem. § 70 StVZO bezüglich der Abweichung von § 34 Abs. 6 Nr. 5 StVZO (Zuggesamtgewicht) und ggf. von § 32 Abs. 4 Nr. 3 StVZO (Zuglänge), § 32d StVZO (Kurvenlaufverhalten) sowie eine Erlaubnis nach § 29 Abs. 3 StVO einzuholen.

8. Auf der Ausnahmegenehmigung muss der a.a.S. unter Beifügung seines Dienstsiegels (bei Exportfahrzeugen zur Durchführung einer einmaligen Überführungsfahrt zu einem Grenzübergang oder Hafen der Verkehrssicherheitsprüfer der Firma Liebherr) die jeweilige F.1.-Nr. auf Seite 1 eingetragen haben. Außerdem muss die Ausnahmegenehmigung auf der letzten Seite mit Original-Dienstsiegel des Regierungspräsidiums versehen sein. Diese Original-Ausfertigung der Ausnahmegenehmigung oder eine beglaubigte Kopie hiervon ist vom Fahrzeugführer mitzuführen und zuständigen Personen auf Verlangen zur Prüfung auszuhändigen.
9. Wird der jeweilige Autokran im Bereich der Bundesrepublik Deutschland zugelassen, hat der betreffende Fahrzeughalter die Ausnahmegenehmigung der zuständigen Kfz-Zulassungsbehörde vorzulegen. Die Ausnahmegenehmigung ist von der Zulassungsbehörde erst dann wieder auszuhändigen, wenn sie unter Angabe von Datum und Aktenzeichen in den Fahrzeugpapieren vermerkt ist, der Halter die an die Ausnahmegenehmigung geknüpften Auflagen und Bedingungen durch Unterschriftsleistung anerkannt und die Versicherungsbescheinigung gemäß Ziffer 2 der Bedingungen vorgelegt hat.

Hinweise

an Kontrollorgane: Bei Verstößen gegen diese Ausnahmegenehmigung ist die für den Fahrzeughalter zuständige Genehmigungsbehörde zu benachrichtigen.

an den Genehmigungsinhaber:

Wenn Sie vorsätzlich oder grob fahrlässig einen Verkehr ohne erforderliche Erlaubnis (§ 29 Abs. 3 StVO) durchführen, gegen die Nebenbestimmungen (Bedingungen und Auflagen) dieser oder einer anderen Ausnahmegenehmigung (§ 70 StVZO) verstoßen oder in sonstiger Weise Ihrer Halterverantwortung (§ 31 StVZO) zuwiderhandeln, müssen Sie damit rechnen, dass erteilte Ausnahmegenehmigungen widerrufen und für einen angemessenen Zeitraum keine Ausnahmegenehmigungen mehr erteilt werden.

Änderungen nach § 13.FZV sind unverzüglich der Zulassungsbehörde, bei ausländischen Fahrzeugen der Genehmigungsbehörde mitzutellen.

Vor Erneuerung, Verlängerung, Änderung oder Ergänzung der Ausnahmegenehmigung ist durch ein Gutachten eines a.a.S. nachzuweisen, dass das Fahrzeug und insbesondere die Auflagen und Bedingungen dieser Ausnahmegenehmigung noch dem Stand der Vorschriften sowie der Technik entsprechen oder den technischen Änderungen angepasst werden müssen. Anträge auf Erneuerung, Verlängerung, Änderung oder Ergänzung sind rechtzeitig bei der für den Halter zuständigen Genehmigungsbehörde zu stellen.

Rechtsbehelf: Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Sigmaringen, Karlstraße 13 in 72488 Sigmaringen, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten bei der Geschäftsstelle des Gerichts gegen das Land Baden-Württemberg, vertreten durch das Regierungspräsidium Tübingen, erhoben werden.

II.

Für die Erteilung der Ausnahmegenehmigung wird gemäß Nr. 255 des Gebührentarifs für Maßnahmen im Straßenverkehr (GebTSt) eine Gebühr von 8000,00 € angesetzt.

Schwägerle

